



## Als der Strubbelkopf

Als der Junge mit dem rötlichen Strubbelkopf  
aufstand

wie er denn das den Führern seiner Partei  
erklären könne  
als er sich nicht abspeisen ließ  
und mit seinem Unterklassenakzent fragte  
wie ich denn meiner alten Tante in Deutschland  
der berüchtigten Espede wohl erklären könne

was Christus bedeutet so sagte der Strubbelkopf  
wörtlich

und warum das sogenannte Machbare der Tod ist  
der Tod ist der Tod ist er geriet da ins Stottern  
und als er dann ein drittes Mal anfang  
eine nichtakademische Frage zu stellen  
in einem britischen College

da hörte ich endlich hin und merkte  
daß es ein Schrei war  
da sah ich endlich hin und entdeckte  
die Flügel an seinem miesen Regenmantel  
immer noch dacht ich hat Gott  
seinen Engeln befohlen über uns  
daß wir nicht sterben müssen  
an der Einsamkeit der Kämpfenden.

*Dorothee Sölle*

Aus: *Im Hause des Menschenfressers*. Texte zum Frieden von Dorothee Sölle, rororo aktuell, Reinbek bei Hamburg 1981 (vgl. das Interview mit der Autorin auf Seite 77ff.).

### ALBANIEN

**Einziges Land, wo Religion verboten ist:** Es hält sich für den einzig wirklich kommunistischen Staat der Welt – Im Kräftefeld der Nachkriegszeit erst Zuflucht bei, später Loslösung von der Umarmung der Sowjetunion – Puritanischer Lebensstil einer 2,6-Millionen-Bevölkerung mit 70 Prozent unter 33 Jahren – Wo staatliche Kreditaufnahmen verpönt sind – Geschichtliche Hypotheken des west-östlichen Kirchenschismas und der Islamisierung – Demokratie synonym mit Autonomie – Unerklärlicher Sonderfall vatikanischer Ostpolitik – *Enver Hodschas* Schließung der Kirchen und Moscheen (1967) – «Der Mensch ist uns Tempel» – Dichterworte aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert – Dennoch glaubt niemand, daß der Mensch aus sich gut ist – Anzeichen einer weniger starren Haltung.

*Renata M. Erich, Wien*

### FRIEDENSBEWEGUNG

«**Im Hause des Menschenfressers**»: *Alfred Paffenholz* im Gespräch mit *Dorothee Sölle* zum gleichnamigen Buch mit Texten über den Frieden – Das Märchen vom oft abwesenden Menschenfresser und dessen häuslicher Frau, die nett ist zu Kindern – Auch Wissenschaftler verschleiern schreckliche Tatsachen – 51 Prozent von ihnen im Dienst der Rüstung – Die Forderung, «Number One» zu sein – Warum die Form der Poesie? – Grenzen der theologischen Sprache – Die Einseitigkeit und der Christ – Neue urchristliche Situation: *gegen die Staatsmacht und nicht mit ihr* – Vom Diebstahl an den Armen der Welt.

### BRASILILIEN

**Grund und Boden in der Stadt (1):** Denkschrift der 20. Vollversammlung brasilianischer Bischöfe – Situation in den Städten – Unheimliches Tempo der Verstädterung – Antisoziale Aneignung und Immobilienspekulation – Mißtrauen gegen Investitionen im Produktivbereich – Ungenügen der staatlichen Maßnahmen – Die Hilfe der «Nationalbank für Wohnungsbau» erreicht nur Familien mit mindestens drei Minimallohnen – Initiativen des Volkes – Zinsunfähige Arme besetzen Stadtgebiet durch «Invasionen» – Beängstigende Proletarisierung der bisherigen Mittelschicht.

### PHILOSOPHIE

**Hat nur der Veränderer die Beweislast?** *Odo Marquard* in seinem Kant-Buch: «Die Taube auf dem Dach ist besser als der Spatz auf dem Dach» – Was taugt seine Berufung auf *Martin Kriele*, *Niklas Luhmann* und *Hermann Lübbe* in seinem Plädoyer für die vorrangige Stellung des *Status quo*? – Weder die juristischen noch die soziologischen Rücksichten machen den Satz «die Beweislast hat der Veränderer» zur allgemeinen Regel – Vielmehr haben Veränderer und Verteidiger des Bestehenden eine Beweislast – Von der Gefahr, wenn das Bestehende als das Nicht-mehr-Begründbare weitergeht.

*Heinz Robert Schlette, Bonn*

# Kontakte in Albanien

Bis heute ist das Land der Skipetaren geheimnisumwittert. Jahrelang hat es manchen Journalisten als eine Art «Ungeheuer vom Loch Ness» gedient. Wenn sonst am Balkan nicht viel los war, bemühte man alte Gerüchte über das wilde Bergvolk. Die wenigen, die die streng bewachten Grenzen passieren durften, wurden für befangen erklärt und waren das oft wohl auch: entweder hatten sie rosa Brillen auf und lobten kritiklos, oder sie hatten begriffen, daß sich blutrünstige Geschichten am besten verkaufen, und hielten sich daran. Erst in den letzten Monaten haben die Albaner die Konsequenzen daraus gezogen und nun auch Journalisten großer Zeitungen Einreisevisa erteilt. Der Erfolg waren u. a. informative Artikelserien in der Neuen Zürcher Zeitung und in der Hamburger «Zeit». Als ich – Jahre vorher – das erste Mal neugierig Albanien betrat, wunderte ich mich beinahe noch über die Menschen, die gar nicht so viel anders als bei uns ausschauen, gesprächsbereit sind und mit denen man sich durchaus verständigen kann.

In der Sozialistischen Volksrepublik leben zurzeit etwa 2,6 Mio. Menschen. Obwohl die Geburtenrate sinkt, bleibt Albanien nach der Türkei das Land mit dem höchsten Geburtenüberschuß Europas. Im Norden begrenzt von Jugoslawien, im Süden von Griechenland, ist es mit einer Fläche von 28748 km<sup>2</sup> ein Drittel kleiner als die Schweiz. Die höchsten Berge der nordalbanischen Alpen sind über 2500 m hoch und von ewigem Schnee bedeckt, auch das sogenannte Binnenland ist gebirgig, nur an der Küste erstreckt sich eine fruchtbare, ehemals malariaverseuchte Ebene.

Im Laufe seiner Geschichte war Albanien jahrhundertlang von den Türken besetzt, und auch in jüngerer Zeit haben die umliegenden Völker immer wieder die Hand vor allem nach dem strategisch interessanten Küstenstreifen ausgestreckt. In den Bergen aber hielt sich ungebrochen ein kampflustiges zähes Volk, Nachkommen der Illyrer. Bis heute tragen sie Trachten, die auch vor 1000 Jahren nicht anders ausgesehen haben sollen. Zum großen Helden ihrer Geschichte haben die Albaner den christlichen Fürsten *Skanderbeg* gemacht, der von der hochgelegenen Burg Kruja aus seine Landsleute mobilisierte und die Türken – wenigstens für einige Zeit – verjagte.

## Im Kräftefeld der Nachkriegszeit

Heute hält Albanien sich für den einzig wirklich kommunistischen Staat der Welt und beruft sich auf Marx, Engels und Stalin. Seit der Gründung des neuen Staates vor 35 Jahren wird mit Ausdauer und erstaunlichem Fleiß jeder Quadratmeter Grund und Boden genutzt. Damals hatte sich eine kleine Gruppe fanatischer Freiheitskämpfer zum Ziel gesetzt, niemals wieder von einem der großen Brüder abhängig zu sein. Dezimiert, malariaverseucht und mittellos, verstanden sie es, sich zunächst unter dem Schutz der mächtigen Sowjetunion die interessierten Nachbarn vom Leibe zu halten. 1961 aber löste sich Albanien unter Führung von Parteichef *Enver Hodscha* rechtzeitig aus der Umarmung des großen Bruders und schloß lukrative Freundschaft mit den Chinesen. Unter Hinweis auf deren wesentliche Kursänderung nach dem Tode Maos wurde auch dieses Bündnis vor fünf Jahren gelöst.

Albanien ist ein junges Land: 70 Prozent der Bevölkerung sind unter 33 Jahre alt. Die der Arbeit verpflichtete Gesellschaft hat puritanischen Charakter. Der Lebensstandard ist niedrig, seit Jahren aber geht es den Skipetaren langsam, aber stetig immer besser. Ein Faktum, das man im Lichte der Tatsache werten muß, daß zur Stunde Null die fruchtbaren, aber verseuchten Ebenen den wenigen Überlebenden kaum Nahrung boten. Heute gibt es in Tirana mehr zu kaufen als in so manchem Ostblockstaat. Bemerkenswert ist aber auch, daß es sehr geringe Gehaltsdifferenzen gibt. Niemand zahlt Steuern, aber man sieht auch im ganzen Land kein einziges Privatauto. Was der Staat verdient, wird investiert.

Um die Freiheit nicht noch einmal zu gefährden, ist Albanien nicht nur gewappnet, sich gegen einen eventuellen Aggressor bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, auch wirtschaftli-

che Abhängigkeit wird gemieden wie die Pest. Das geht soweit, daß sogar Kredite als verpönt gelten; was immer vom Ausland gekauft wird, muß bar bezahlt werden. Das Land verfügt über reiche Bodenschätze und hat heute auf dem Weltmarkt keine Absatzschwierigkeiten mehr.

Dank seiner guten Zahlungsmoral ist das Land bei seinen Handelspartnern, auch in der Schweiz, geschätzt, nur der Transport macht noch erhebliche Schwierigkeiten.

## Das Religionsverbot in der Verfassung

Der Ruf des Landes leidet aber ganz empfindlich unter einer anderen Tatsache: Ein Wiener Händler z. B., der ein interessantes Geschäft mit Albanien abgeschlossen hatte, bat, niemandem davon zu erzählen: er schämte sich seiner Kontakte mit dem einzigen Land der Welt, in dem die Religion verboten ist, steht doch in der Verfassung von 1976 wörtlich folgendes:

► Artikel 37: Der Staat anerkennt keinerlei Religion und unterstützt und entfaltet die atheistische Propaganda, um in den Menschen die wissenschaftliche, materialistische Weltanschauung einzupflanzen.

► Artikel 55: Verboten ist die Bildung einer jeden Organisation von faschistischer, antidemokratischer, religiöser und antisozialistischer Prägung. Verboten sind faschistische, antidemokratische, religiöse, kriegshetzerische und antisozialistische Tätigkeit und Propaganda sowie das Anstacheln von Völker- und Rassenhaß.

Auf diesem Hintergrund halten sich auch hartnäckig wilde Nachrichten über Christenverfolgungen und Priestermißhandlungen.

Bei meinen mehrmaligen Reisen durch das ganze Land habe ich nie ein Hehl aus meinem besonderen Interesse für diese Frage gemacht und mit Menschen verschiedenster Bildung über das Thema Religion diskutiert. Außerdem habe ich soweit irgend möglich die Quellen aller christlichen Nachrichten verfolgt. Ich stieß dabei fast ausschließlich auf begreiflicherweise verbitterte Emigranten, die ihr geliebtes Heimatland nicht besuchen können, also auch nicht über verlässliche Informationen aus erster Hand verfügen. Sie berufen sich auf die auch recht unverlässlichen Auskünfte von Touristen, die in Gruppen ihren Urlaub in den wenigen Ausländerhotels verbringen, oft vorgefaßte Meinungen und immer ziemlich beschränkte Bewegungsfreiheit haben. Üble Nachrichten aber befriedigen auch hier die Sensationslust und bewegen immer wieder eifrige Seelen zu Aktionen, die böses Blut machen müssen. Ich bin persönlich einmal im selben Flugzeug mit einem Touristen angekommen, der mit seinem Reisegepäck Heiligenbildchen einzuschleusen versuchte. Natürlich verstieß er damit gegen Gesetze des Gastlandes und so wurde er mit dem nächsten Flugzeug nach Hause geschickt. Andere Touristen sehen auf ihren Autobusreisen die leerstehenden oder umfunktionierten Kirchen und lassen dann ihrer Phantasie freien Lauf.

Wer sich freilich die Mühe nimmt zu erforschen, wie es zu dem grausigen Religionsverbot gekommen ist, müßte – so meine ich – etwas vorsichtiger werden und etwas genauer schauen. Vor allem Christen, scheint mir, steht es schlecht an, ohne Verständnis und Liebe zu urteilen. Der Schrecken über dieses Verbot müßte sie besonders vorsichtig und nachdenklich machen.

## Religion und Nationalismus: Geschichtliche Hypothesen

Seit Ausbruch des west-östlichen Kirchenschismas lag Albanien genau im Schnittpunkt der Interessensgebiete von Katholizismus und Orthodoxie. Keinem von beiden gelang es, den entscheidenden Einfluß zu erlangen. Später hat die Türkenherrschaft über Jahrhunderte den Islam installiert. Das Land war damit dreigeteilt und blieb es. Im 19. Jahrhundert bildete sich eine Befreiungsbewegung, die «Rilindja». Getragen zunächst von Schriftstellern, versuchten ihre Anhänger, ein albanisches Nationalgefühl zu wecken, die Sprache zu erhalten und, oft aus dem Ausland, den unterdrückten Landsleuten zu helfen. *Sami Frasheri*, einer der prominentesten, heute noch hochgeehrten

Vertreter dieser Ideen, formulierte diese Gedanken 1899 in einem Manifest. Schon damals verband er die «demokratischen» Ideen mit Plänen zur Kontrolle der drei in Albanien vertretenen Religionen. Das albanische Wort für «Demokratie» deckt sich wie viele andere nicht ganz mit dem entsprechenden Begriff bei uns; bis heute hat es eher die Bedeutung von nationaler Autonomie. Damals gab es im Lande etwa 10 Prozent Katholiken, 20 Prozent Orthodoxe und 70 Prozent Muslime. Ein Großteil der letzteren gehörten der pantheistischen Baktashi-Sekte an, außerdem dürfte der alte heidnische Volksglaube von den Religionen nie ganz überwunden worden sein.

Immer wieder begründeten Nachbarstaaten Albaniens, insbesondere Griechenland, territoriale Ansprüche mit Religionszugehörigkeit, die sie mit Nationalität gleichsetzten. Zudem gab es krasse Gegensätze zwischen der sozialen Struktur des Südens und des Nordens. Gemeinsam war den Bewohnern Albaniens nur die trostlose ökonomische Situation, der die hohen Auswandererzahlen entsprachen. Bis auf die Rilindja-Bewegung im 19. Jahrhundert geht auch die Überzeugung zurück, daß staatliche Unabhängigkeit nur durch Vermeidung ausländischer Unterstützung erreichbar sei. Enge Verbindung zum Ausland aber hatten vor allem die Religionsgemeinschaften. Mit den Besatzern auch deren Religion zu vertreiben, ist in den umliegenden Balkanstaaten ebenso üblich gewesen. In Bulgarien etwa wurde mit den Türken der muslimische Glaube so verjagt, daß bis heute die wenigen muslimischen Bulgaren von allen anderen verachtet und kaum geduldet werden.

Aber trotz Religionsverbot werden bis heute in Albanien auch Vertreter von Religionsgemeinschaften als Nationalhelden gefeiert. Nach der Machtübernahme der «Demokratischen Regierung Albaniens» 1944 wurden Priester, Kirchen und Glaubensgemeinschaften noch toleriert. Nicht ohne Schwierigkeiten freilich, weil sich der neue Staat dem Marxismus verpflichtet fühlte. Immer dann, wenn sich außenpolitische Gefahren oder Änderungen anzeigten, geriet vor allem die katholische Kirche ins Schußfeld der öffentlichen Kritik. Durch den Kontakt mit dem Vatikan und Italien, jener Besatzungsmacht, die erst 1943 – unter ungeheuren Verlusten auf beiden Seiten – vertrieben worden ist, war sie grundsätzlich suspekt. Im antireligiösen Museum von Skodra, das die Albaner heute etwas verschämt herzeigen, findet sich eine Reihe von Dokumenten über die Beziehungen von Bischöfen und Priestern zu italienischen Offizieren und Würdenträgern zu einer Zeit, in der die Besetzung des Landes kaum gerechtfertigt erscheinen konnte. Dennoch bat Regierungschef Enver Hodscha noch im März 1945 den Apostolischen Delegaten in Tirana, Msgr. *Leone Nigris*, «in seinem Namen den Heiligen Vater zu grüßen und ihm seine Bewunderung für sein menschenfreundliches Werk auszudrücken». Als aber derselbe Delegat, von Rom zurückkehrend, am 24. Mai 1945 in Tirana ankam, ließ ihn Hodscha mit dem nächsten Flugzeug wieder ausweisen. Warum, schreibt *Hansjakob Stehle*<sup>1</sup>, blieb ein Geheimnis.

Kein Geheimnis und durchaus vorstellbar ist jedoch, daß den meisten Geistlichen die Reformen, vor allem die Landenteignung und -verteilung damals wohl als Aktionen des Antichristen erschienen. Das haben in verschiedenen Prozessen Priester immer wieder auch deutlich artikuliert. 1959 etwa, als Albanien eine «Heilige Allianz der Konterrevolutionäre» vermutete, die «von Agenten Titos bis zum Kardinal Mindszenty reiche», soll einer der Angeklagten, Prälat Ded Mala, vor Gericht erklärt haben: «Wir haben darauf gewartet, daß auch in Albanien daselbe geschehen möge wie in Ungarn, daran haben wir gearbeitet» (*Zeri i popullit* 29. 4. 59). Die Ostpolitiker des Vatikans scheinen damals den Zwergstaat an der Adria nicht ganz ernst genommen zu haben. Neue Beziehungen zu Albanien sind über das erste Stadium, das man um diese Zeit vor allem gegenüber Moskau längst überschritten hatte, nicht hinausgekommen. Am 4. Mai 1962 sandte u. a. Erzbischof Bengsch von Berlin

eine Eingabe an eine Vorbereitungskommission des Konzils, in der er eine ausdrückliche Verurteilung des Kommunismus ablehnte und bat, von der «Kirche des Schweigens» zu schweigen. Papst Johannes' XXIII. Enzyklika «*Pacem in terris*» erregte im Ostblock Aufsehen; sie stellte die Weichen für eine nicht immer glückliche, aber immerhin existente Ostpolitik. «Verhandeln statt verdammen» war die Devise (Stehle). Nur mit Albanien wurde nicht verhandelt. So bleibt denn die Frage offen, ob die Kirche ganz schuldlos daran ist, daß sich dieses Land glaubte «von der Religion befreien» zu müssen.

1967 hielt Enver Hodscha eine Rede über die allgemeine Vertiefung der Revolution, die Jugendliche veranlaßte, das Schließen der Kirchen zu verlangen. Mir scheint heute nicht das Wichtigste, Betrachtungen darüber anzustellen, wer im Zentralkomitee dafür oder dagegen gewesen sein könnte, oder wie Hodscha dort die Aktivierung der Jugendlichen rechtfertigte. Über den konkreten Anlaß zu dieser Aktion ist nie etwas bekannt geworden. Jedenfalls wurden im ganzen Land 2071 Kirchen und Moscheen zugesperrt. Heute sind sie teils niedergerissen, teils unfunktionsfähig, einige wurden als Kunstdenkmäler restauriert und sind als Museen zugänglich. 1977 wurde dann der oben zitierte Paragraph in die Verfassung aufgenommen.

Was sich im Zuge dieser Aktionen wirklich abgespielt hat, ist kaum zu beweisen. Priester mußten wie alle anderen arbeiten gehen. Besonders im katholischen Norden hörte man von üblen Szenen, vor allem immer wieder von einem Geistlichen, der von einem Felsen gestürzt worden sein soll, weil er ein Kind getauft habe. Als sicher kann man annehmen, daß viele sich gewehrt haben, als ihnen der Gottesdienst untersagt und die Kirchen in Kinos oder Sporthallen verwandelt wurden. Bestimmt gab es auch Gläubige, die an ihrem Glauben festhielten und dafür verhöhnt oder verurteilt wurden. Wenn man Albaner heute auf diese Vorkommnisse anspricht, so verneinen sie den Sturz vom Felsen und versichern, daß jener Priester mehrmals zu Haftstrafen verurteilt worden sei, sofort nach Entlassung die Gesetze wieder übertreten habe und schließlich in ein Arbeitslager eingewiesen worden sei. Arbeitstrupps aus solchen Lagern bin ich zweimal auf meinen Reisen begegnet. Daß sie meinen Weg kreuzten, ist passiert, und natürlich konnte ich mit den Männern nicht sprechen, gesehen habe ich, daß sie nicht verhungert aussahen, wohl aber hart arbeiten mußten. Das ist freilich in dem Lande keine Seltenheit. Der Aufbau der Wirtschaft mit so wenigen Menschen konnte nur durch totalen Einsatz jedes einzelnen gelingen.

### «Der Mensch ist uns Tempel»

*Bernhard Tönnies* schreibt in seinem Buch «Sonderfall Albanien»<sup>2</sup>, daß religiöse Traditionen auch heute noch viele Jugendliche in Stadt und Land anziehen. Geistliche aller Religionen wirkten im Untergrund, und Gottesdienste würden als Familienfeiern getarnt und in Privathäusern abgehalten. Ich kann nicht beurteilen, ob das stimmt. Tatsache ist, daß vor wenigen Jahren in offiziellen Presseorganen gelegentlich Wallfahrten erwähnt und verurteilt wurden, an denen Hunderte von Gläubigen teilgenommen haben. Die lokalen Behörden wurden in diesen Artikeln ermahnt, «solchen Unfug» abzustellen. Tatsache ist auch, daß Religion weiterhin verboten ist, ersetzt aber nicht durch reinen Materialismus üblicher Definition, sondern vielmehr durch den immer wieder ausdrücklich erwähnten «Albanismus», der wiederum auf die Freiheitsbewegung «Rilindja» zurückgeht. Ihr Hauptvertreter *Naim Frasheri* – übrigens der Bruder des schon erwähnten *Sami Frasheri* – hat sein Glaubensbekenntnis in einem Gedicht mit dem Titel «Wir glauben» ausgedrückt:

*Wir glauben an den Herrn, der wahrhaft ist,  
denn alles, was wir sehen, ist er selbst,  
und der Mensch ist uns Tempel, dort finden wir auch die  
Gottheit*

*Engel nennt man das gute Selbst  
und der Teufel ist die niederträchtige Tat ...*

Und das Gedicht endet mit den Worten:

*In unseren Herzen finden wir den Herrn*

<sup>1</sup> Die Ostpolitik des Vatikans 1917–1975, Piper-Verlag, München 1975.

<sup>2</sup> Verlag Oldenbourg, München 1980.

*Sein Haus ist unser Herz  
Heraus in die Öffentlichkeit zu kommen ist der Wunsch  
des Herrn  
Er schuf den Menschen und ist dort selbst  
Ein Mensch, der sein Selbst erkennt,  
Der weiß auch, was die Gottheit ist.*

Die Worte, die der Dichter Ende des 19. Jahrhunderts niederschrieb, stammen nicht aus dem Vokabular des heutigen Albanien, die Antworten, die ich von zwei Professoren auf meine Fragen nach der Religion im einzigen «gottlosen» Land der Welt bekam, enthalten ihren Geist aber noch heute.

Das eindrucksvollste dieser Gespräche war das mit einem Historiker, der in Österreich Schule und Universität besucht hatte, weil es zu seiner Zeit im Lande selbst noch keine Ausbildungsmöglichkeiten gab. Er erzählte:

«Als meine alte Mutter zum Sterben kam, durften Geistliche in unserem Lande noch ihr Amt ausüben, ich bot ihr also an, einen Popen zu holen. Sie lehnte ab, obzwar wir aus einer streng gläubigen orthodoxen Patrizierfamilie stammten. Sie werden das vielleicht verstehen, wenn ich Ihnen erzähle, daß meine ganze Familie vom Bischof der Stadt öffentlich exkommuniziert worden war, weil sie – lange vor der Befreiung – wagte, ihre Kinder nach Saloniki in die französische und nicht in die griechische Schule zu schicken. Die ganze Gemeinde war aus diesem Anlaß zusammengerufen und aufgefordert worden, mit uns nicht mehr zu verkehren. In der Kirche war dann symbolisch für jedes Familienmitglied eine Kerze angezündet und in einen Teerkessel getaucht worden. Alles, weil wir Albaner und keine Griechen sein wollten.»

Dennoch verstand der Historiker sehr wohl meine ungläubige Frage nach dem Atheismus eines ganzen Volkes.

«Natürlich», meinte er, «halten auch wir den Menschen nicht für vollkommen. Er bedarf einer Ergänzung, einer Ergänzung, die wir freilich nicht Gott nennen. Wir streben sie im Diesseits an, wissen aber, daß sie wie in einer unendlichen Reihe immer weiter wegrücken wird. Wir halten uns nicht für vollkommen und wissen sehr wohl, daß viel zu tun bleibt. Als die Kirchen zugesperrt wurden, hat das vielleicht niemand so formuliert, ich selbst aber habe Enver Hodscha gehört, als er sagte:

**Ein Modell für lebendige Kommunikation und Gesprächsführung in Arbeitsgruppen jeglicher Art:**

## Die themenzentrierte Interaktion TZI (nach Ruth Cohn)

Termine:	Einführungskurse 19.-23. Mai 5.-9. Juli 19.-23. Juli 9.-13. August	Aufbaukurse 13.-17. Juli	Ort Nähe Fribourg und Olten
Thema der Einführungskurse:	Wie kann ich durch lebendiges Lehren und Lernen meine Erlebnisfähigkeit vertiefen und berufliche Konflikte in der Arbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen besser bewältigen?		
Thema der Aufbaukurse:	Krisen als Chance. Wie nütze ich sie? Konfliktbearbeitung nach TZI		
Adressaten:	Geistliche, Lehrer, Sozialpädagogen, Psychologen und alle, die in kirchlichen, sozialen und anderen Berufen neue Wege zum Menschen suchen.		
Kurskosten:	Fr. 275.-. Einzahlung auf Postcheckkonto Waelti 30-66546 (= definitive Anmeldung)		
Unterkunft:	Vollpension pro Tag ca. Fr. 38.-		
Anmeldung bei der Kursleiterin:	Dr. phil. Elisabeth Waelti Höheweg 10 3006 Bern		

vergeßt nicht, daß es unsere Eltern und unsere Schwestern waren, die glaubten. Das ist kein Unglück, das ist ein Phänomen, das wir heute aber bekämpfen müssen.»

Und es gibt Facetten dieses Kampfes, den der erste atheistische Staat der Erde auf sein Panier geschrieben hat, die mir zu denken geben. Wieder muß ich ein Beispiel bringen:

Auf einem Sommerlager für über 1000 Kinder aus dem ganzen Land, von einem Pädagogikprofessor aus Tirana geleitet, erlebte ich, wie vor einer Art Kultstätte mit Büsten von jugendlichen Partisanen Morgen- und Abendappell gefeiert wurde und aus verschiedenen Anlässen Geschichten aus dem Leben dieser Helden erzählt wurden. Diese Feiern – vielleicht nur, weil dieser Professor ein besonders kluger Mann war – motivierten die Kinder tatsächlich. Auf meine Frage, ob diese Vorbilder nicht einem ähnlichen Bedürfnis entgegenkämen wie früher die Heiligen und warum es nötig gewesen sei, die Religion abzuschaffen, ging er sehr ernsthaft ein: «Wissen Sie, wir wollen für diese Welt arbeiten und nicht ausschließlich auf das Jenseits verwiesen werden.»

Im Abstand von 2 Jahren habe ich die Arbeit dieses Professors gut beobachtet und festgestellt, daß seine Erziehung Ziele verfolgt, die wir Christen vielleicht nur deshalb nicht oder nicht mehr anpeilen, weil wir es nicht schaffen. Mit erstaunlicher Güte wird jedenfalls in diesem Lager von allen Erziehern den Kindern beigebracht, die Gemeinschaft ernstzunehmen und notfalls die eigenen Interessen zurückzustellen. Das heißt nicht, daß die Eltern ausgeschaltet werden oder Talente nicht gefördert würden, wohl aber, daß das erklärte Ziel aller pädagogischen Bemühungen ist, daß sich keiner über den anderen erheben fühlen soll. Vielleicht geht das nur in einem Land, das mit wenigen Menschen bettelarm neu anfangen mußte, erstmalig bekommt man aber demonstriert, daß Klassenunterschiede vielleicht doch gar nicht so gottgewollt oder natürlich sind wie wir Mitteleuropäer geneigt sind, uns einzubilden. Auch hier wird ganz bewußt daran gearbeitet, die Kinder zur Arbeit an sich selbst zu erziehen. Niemand glaubt, daß der Mensch von sich aus gut ist. Über die Haltung dieser Erzieher ließe sich noch manches sagen; sicher aber stimmt nicht, was christliche Schriften berichten, in denen Photos von albanischen Kindern mit folgender Unterschrift erscheinen: «*Nie lernen diese Kinder lieben, Friede verbreiten. Sie lernen auch nicht, daß ihnen vergeben werden kann.*»<sup>3</sup> Die Kinder, die mir in Albanien begegnet sind, lernen all das besser als viele bei uns.

### Anzeichen einer weniger starren Haltung

Ich kann nicht beweisen und will auch gar nicht behaupten, daß manche der genüßlich ausgeführten Greuelgeschichten, die immer wieder durch katholische Nachrichten geistern, nicht wirklich stattgefunden haben. Aber auch dann würden sie die Haltung von Christen diesem Lande gegenüber nicht rechtfertigen. Die Erlebnisse und Gespräche, die ich selbst dort geführt habe, scheinen sogar dafür zu sprechen, daß durchaus eine Gesprächsbasis für ganz andere Kontakte zu finden wäre.

Dazu kommen gewisse Anzeichen der letzten Zeit, die auf eine Milderung der starren Haltung allen Religionen gegenüber schließen lassen. 1980 wurde in der Literaturzeitschrift des Landes ein ausführlicher Aufsatz über «Die Mythologie und die Entwicklung unserer Literatur, Inhalt und Struktur der Mythologie» veröffentlicht, der nun auch in Buchform erscheinen soll. Der Autor steht zwar zu der ablehnenden Haltung gegenüber der Religion, schreibt aber: «Wenn er (der Mythos) also auch ein rein religiöses Element enthält, so ist er doch mit vielen anderen Elementen durchsetzt, wie zum Beispiel mit moralischen, sozialen usw., die keinen unmittelbaren religiösen Charakter haben.» Diese Unterscheidung ist sehr wichtig, denn «wenn wir den Mythos völlig mit dem religiösen Element identifizieren würden, so würde auch unsere Haltung dem Mythos gegenüber der zur Religion entsprechen».<sup>4</sup> Auch im Zusam-

<sup>3</sup> Aus: Albanien. Der erste atheistische Staat der Welt. Eine Studie des Instituts «Glaube in der 2. Welt», Küsnacht/ZH 1978.

<sup>4</sup> «Nentori» 1980, Nr. 1, S. 224; zit. in der Übersetzung von B. Tönnies, in: Südosteuropa 1980, Heft 10/11.

menhang mit Albaniens Haltung zu Chomeini 1980 war übrigens ein gewisser Wandel zur Frage der Religion zu bemerken. Als ich vor vier Jahren ein besonders schönes altes Haus an der albanischen Riviera filmen wollte, winkte mein Begleiter ab. Ich war ärgerlich wegen der übertriebenen Scheu, altes Albanien herzuzeigen, bis mir der Dolmetscher klar machte, daß dort nämlich Muslime wohnten. Ihre Lebensweise sollte nicht als typisch albanisch gezeigt werden. Diese Familie ist allerdings auch nicht niedergemetzelt worden.

In Berati, wo ich eine alte Kirche mit mittelalterlichen Fresken besichtigte, fragte ich wiederum meinen Führer, einen Vertreter der Stadt: «Ich kann mir nicht vorstellen, daß es nicht wenigstens ein paar alte Leute gibt, die hier auch heute noch gerne beten würden.» «Ach ja», meinte er gelassen, «da gibt es z. B. einen, der kommt immer wieder, da geb ich ihm halt den Schlüssel.»

Mit keiner solchen Geschichte habe ich aus dem katholischen Norden aufzuwarten. Das mag Zufall sein. Man hat mir dort bestätigt, daß es noch einige wenige Geistliche gibt, die wie alle anderen in den Arbeitsprozeß eingegliedert sind. Die sehr viel zurückhaltendere Stimmung mag mit der Nähe Italiens und des Vatikans zusammenhängen. Würde man nicht versuchen, Heiligenbilder einzuschleusen, sondern mit sehr viel Geduld Brücken neuer Art zu schlagen, könnte das vielleicht eines Tages zur Chance werden, den erstaunlichen Skipetaren eine ganz andere Gestalt von Christentum zu präsentieren.

Renata M. Erich, Wien

DIE AUTORIN ist freie Mitarbeiterin der Südost-Redaktion des Deutschen Fernsehens in Wien.

## Wir leben im Hause des Menschenfressers

Ein Gespräch mit Dorothee Sölle

Schon vor dem Aufbruch der neuesten deutschen Friedensbewegung hatte *Dorothee Sölle*, die seit 1975 jeweils ein Semester im Jahr am Union Theological Seminary in New York lehrt, Kontakte zu den «Plowshares 8» (mit Daniel Berrigan) und anderen Gruppen in den USA. Der Austausch von Erfahrungen zwischen dort und hier schlägt sich auch in der Sammlung von Texten nieder, um die es im folgenden Interview geht: Im Hause des Menschenfressers. Texte zum Frieden (erschienen in der von F. Duve herausgegebenen Reihe *rororo* aktuell 1981: innerhalb eines halben Jahres bereits 4 Auflagen). Das Gespräch mit Frau Sölle (S) führte *Alfred Paffenholz* (P), Leiter der Abteilung «Kulturelles Wort» am Norddeutschen Rundfunk, Hannover. (Red.)

*Paffenholz*: Eines Ihrer jüngsten Bücher, Frau Sölle, trägt den Titel «Im Hause des Menschenfressers»/Texte zum Frieden. Wiewohl ich das Märchen vom Menschenfresser kenne, hat mich der Titel doch für eine Sammlung von Gedichten, Reflexionen und Ansprachen überrascht. Wie sind Sie gerade auf diesen Titel verfallen und glauben Sie, daß Sie damit eine bestimmte Erinnerung bei Menschen wachrufen können?

*Sölle*: Der Titel, glaubé ich, ist bei mir fast aus einer Verzweiflung heraus hervorgewachsen. Ich habe mich sehr intensiv mit der internationalen Friedensforschung beschäftigt und dabei eine ganz simple Erfahrung gemacht, die viele Menschen machen, daß ich Zahlen überhaupt nicht behalten kann. Und dann diese Vergleiche, diese grotesken Vergleiche: wer kann den anderen neun Mal, wer elf Mal overkillen, solche Sachen konnte ich einfach nicht in meinem Kopf behalten oder auch nicht reproduzieren, sie waren mir so fremd, daß ich Bilder suchte, um deutlicher darüber zu sprechen, was mit uns eigentlich passiert, wer über uns herrscht und wonach sich unser Leben richtet.

Und da hatte ich mich in derselben Zeit etwas mit Märchen auseinandergesetzt und fand in mehreren Märchen dieses Motiv, daß Kinder durch den Wald irren und keinen Vater und keine Mutter haben und hungrig sind und kalt haben, und dann kommen sie an ein Haus und das ist hell und dann klopfen sie an. Und die Frau kommt heraus, macht die Tür auf und sagt: Pst, geht weiter, das ist das Haus des Menschenfressers. Hier könnt ihr nicht bleiben! Dieses Bild hat mich sehr fasziniert, weil es eigentlich zwei Aspekte hat: der eine ist der Mann, der eben die Menschen frißt, das ist sein Beruf, das macht er jeden Tag, zu diesem Zweck ist er oft abwesend, man sieht ihn gar nicht so oft, und der andere Aspekt ist die Frau, die ist sehr herzlich und warm und nett, nimmt die Kinder schließlich auf – und das, würde ich sagen, entspricht sehr stark unserer Erfahrung. Wir leben in einem aufs Ganze gesehen vergnüglichen Land, die Leute fahren in Urlaub, sie essen gut und gerne, es ist gar nicht so, als ob der Menschenfresser ständig gegenwärtig sei. Der steht im Hintergrund. Im Vordergrund steht die Frau oder der Konsum und das ist es, was ich an dem Bild so stark fand, diese beiden Aspekte unserer Lebenssituation, die werden darin sehr deutlich: daß wir im Haus des Menschenfressers leben.

*P*: Das ist ja eine Metapher, die man – will man Ihnen folgen – kennen muß. Glauben Sie, daß dieses Märchen bei uns noch so im Gedächtnis der Leute ist, daß sie die Bedrohung, der Sie Ausdruck geben, auch als ihre eigene assoziieren können über dieses Bild?

*S*: Ich denke schon, wenn man das etwas entfaltet, ja. Was mir bei dem Bild auch noch wichtig war, ist dies: Der Menschenfresser ist ja so eine irrationale Figur; der frißt mehr und mehr Menschen. Man weiß gar nicht, ob er vielleicht seinen Geschmack ändern könnte und anderes fressen könnte oder überhaupt aufhören, Vegetarier werden könnte. Man kann sich ja alles Mögliche überlegen, was passieren könnte mit dem Menschenfresser, und so kann man sich auch fragen: Ist es nicht schon längst so, daß die Rüstung sich verselbständigt hat und gar nicht mehr gegen die andere Seite gerichtet ist, die ja ihrerseits ihre Menschenfresser hat, sondern in sich rotierend ist. Also das, was die Amerikaner den industriell-militärischen Komplex nennen: Daß Forschung gemacht wird von 51 Prozent der Forschenden für den Tod, für das Ziel: wie kann man mehr killen. Das ist das halbe Interesse der Forschung. Daß ferner technische Produktion gemacht wird im Interesse des Overkill und schließlich die Generäle dann diese Gelegenheit freudig ergreifen und sagen: Wir müssen unbedingt diesen Panzer noch haben und jetzt unbedingt noch die Neutronenbombe. Man hat ja sehr oft das Gefühl, daß die politischen Begründungen nachgeschoben werden, weil die technologische Entwicklung voraus ist. In dem Augenblick, wo die Politiker auftreten und sagen, die Russen sind so furchtbar – und in Rußland passiert genau dasselbe –, da ist die Sache eigentlich schon gelaufen, da sind die Entscheidungen längst gefällt: der Menschenfresser regiert und frißt.

### Auch Wissenschaftler verschleiern

*P*: Denken Sie wirklich, daß Forscher auf den Tod hin forschen, auf Killen hin, so ihre Wissenschaft betreiben und dann in die Tat umgesetzt sehen wollen?

*S*: Das ist sehr kompliziert. Ein großer Teil der Forscher forscht an so kleinen Details, daß man nur sagen kann, sie wissen nicht, was sie tun. Das ist wie bei Arbeiterinnen in der elektronischen Industrie. Die machen kleine Spulen und wissen gar nicht, daß die dazu gebraucht werden, um die Kinder anderer Leute umzubringen, daß die Produkte, die sie herstellen, in die Waffenindustrie gehen. Die Leute wissen gar nicht, was sie tun. Und so ist das auch weithin im wissenschaftlichen Bereich.

Aber man muß doch auch folgendes sehen: die chemische Ausrüstung, etwa, die neuen Gase, die jetzt in den USA ausprobiert werden, oder die Entwicklung der Neutronenbombe. Da sind doch Tausende von Menschen damit beschäftigt, das auszudenken, die Wirkungen zu berechnen, also diese Fachleute wissen genau, wie das geht. Und man setzt ja auch Propagandi-

sten ein, Psychologen, die das verschleiern sollen. Die neuesten Reden von *Reagan* und *Weinberger* laufen ja alle darauf hinaus, uns zu sagen: Die Neutronenbombe ist ein reines Defensivinstrument. Das ist eine Methode der Verschleierung und das ist auch eine Form von Wissenschaft.

Ich habe mit Experten aus der Friedensforschung gesprochen und die meinen, daß die Schätzung von 51 Prozent der Wissenschaftler im Dienste der Rüstung eine relativ geringe sei; eine genaue Zahl ist schwer nachzuweisen, weil natürlich viele Forschungsvorhaben auch für das Leben verwandt werden, aber de facto in unserem System eben zu einem ganz hohen Prozentsatz für die Aufrüstung verwandt werden.

*P:* Halten Sie denn die Menschen in den verantwortlichen Stellen der verschiedenen Länder, die immer wieder sagen, daß sie für den Frieden eintreten, alle für Heuchler? Oder funktioniert da schon jener Ablauf, den Sie vorhin skizziert haben: Die einen denken es aus, die anderen fertigen es an und die dritten fordern es dann zum Einsatz?

*S:* Ich finde die Amerikaner weniger heuchlerisch und mehr zynisch. *Alexander Haig* hat ja klar gesagt, es gibt wichtigere Dinge auf der Welt als den Frieden. Das große Friedensgerede haben die Amerikaner gar nicht nötig. Hauptstichwort der amerikanischen Politik zurzeit ist: Wir müssen wieder *Number One* werden, und das heißt, daß sie die alte Lehre vom Gleichgewicht des Schreckens aufgegeben haben zugunsten einer neuen, einer klaren Forderung nach Übermacht. Der Begriff «Number One» hat einen eindeutigen militaristischen Sinn: Die Macht, die Welt in die Luft zu sprengen, müssen wir haben – heißt das im Klartext.

Heuchelei finde ich mehr in Westeuropa, bei den dort Herrschenden, weil *die reden vom Frieden – und rüsten auf!* Die NATO hat ja ihre Bedeutung verändert. Während sie früher so ein Schutz- und Trutzbündnis war – wenn die bösen Russen kommen, dann halten wir alle zusammen –, ist diese Haltung nach meinem Urteil seit Dezember 1979 aufgegeben worden, und es ist ganz klar, daß die NATO auch Angriffskriege vorbereitet oder solche, die als Verteidigung getarnt werden, die aber im Grunde um wirtschaftliche Interessen gehen. Die Amerikaner haben ja selber gesagt, daß man in der Vergangenheit mehrfach schon Kriege fürs Öl geführt hat.

### Mehr Möglichkeiten in der Poesie

*P:* Texte zum Frieden, heißt es im Untertitel Ihres Buches, und Sie präsentieren Gedichte, Reflexionen, Gemeindeclasungen. Sie sind Theologin und Germanistin und auch Lyrikerin. Denken Sie, daß Sie im Gedicht etwas besser ausdrücken können als zuvor im wissenschaftlichen Traktat und in der Ansprache vor der Gemeinde, wenn es um das Thema Frieden oder um andere wichtige Fragen in unserer Gesellschaft geht?

*S:* Ich glaube, daß die Sprache der Theologie, die bei uns ja eine Sprache der Wissenschaft ist, sehr begrenzt ist und nur wenig Möglichkeiten hat, wirklich menschlich zu sein. Ich könnte auch sagen: die Sprache der Theologie ist eine Männersprache, in der man sich als Frau immer irgendwie beschneiden muß, ehe man da hinein paßt. Man muß also seine Gefühle heraushalten, sonst bekommt man sofort gesagt: Sei doch nicht so emotional! So etwas begrenzt und beengt die Sprache.

Für mich hat das in den letzten Jahren dazu geführt, daß ich das Gefühl habe, ich kann mit der theologischen Sprache in Prosa kritische Dinge sagen, sie ist ein sehr gutes Instrument zur Analyse, zur Darstellung, warum dies und das falsch ist oder Sünde ist und zum Tod führt. Ich kann in dieser Sprache nicht gut sagen, was mich glücklich macht, wo ich Hoffnung sehe, also das Evangelium, weil diese Sprache ihre Stärke in der Kritik hat und ihre Schwäche darin, daß sie eigentlich über die Kritik kaum hinauskommt. Oder sie wird eben ganz verschommen und wiederholt nur, was die Leute schon immer gesagt haben, in Floskeln. Das heißt, sie ist tot. Diese Schwie-

rigkeit der theologischen Sprache – wie kann man überhaupt etwas Religiöses sagen – hat für mich dazu geführt, daß ich in der Poesie mehr Möglichkeiten sehe, über Gott zu reden. Vielleicht die einzige Möglichkeit. Denn in der Prosa, in der Analyse, in der Rationalität, in der Kritik, kann man eigentlich nur sagen, wo Gott überall nicht ist. In dieser Sprache kann man eigentlich nur von der Abwesenheit Gottes sprechen. Einige, von denen ich theologisch am meisten gelernt habe, sind Dichter, wie z. B. Hölderlin oder die Mystiker, so daß es für mich eigentlich eine innere Notwendigkeit ist, über das Gegebene hinauszugehen.

### Verändert wird nur durch Vorleistung

*P:* In einem Ihrer Gedichte heißt es einmal sinngemäß, manchmal werde ich gefragt, warum sind Sie so einseitig. Das ist ein wichtiges Stichwort. Wenn ich Ihre Gedichte richtig verstehe, dann drückt sich darin schon eine radikale Inanspruchnahme des Evangeliums, der Botschaft der Befreiung und der Liebe aus. Was antworten Sie denn auf den Vorwurf, daß Sie einseitig seien, und dies ist ja ein Vorwurf, der in diesen Monaten öfters erhoben wird, da bei uns eine politisch kontroverse Diskussion um die Auslegung der Bergpredigt entbrannt ist?

*S:* Ich möchte eigentlich ganz einfach sagen: Ich versuche, Christ zu sein. Und das heißt, daß ich von meiner Sünde spreche und nicht allgemein und generell davon, daß irgendwo etwas passiert. Das ist mir in den konkreten Forderungen der Friedensbewegung sehr, sehr klar geworden. Ich habe mich auch lange Jahre damit begnügt, irgendwelche Appelle zur allgemeinen Abrüstung zu unterschreiben. Natürlich Abrüstung in Ost und West, da sind wir doch alle dafür! Mir ist jetzt immer klarer geworden, daß das aber eine bodenlose Oberflächlichkeit und eigentlich eine Form von totalem Unverständnis dessen ist, was das Christentum bedeutet. Man kann eigentlich nicht Christ sein, wenn man so daheredet. Als Christ kann man sagen: Wir haben soundsoviele Bomben, und bei uns sind soundsoviele Menschen damit beschäftigt, das Töten zu lernen, und in meinem Land passiert das und das. Und was in anderen Ländern passiert, das ist die Sache Gottes, aber keineswegs in meiner Verantwortung. Meine Verantwortung fängt da an, wo ich wirklich lebe.

Ich meine, man muß irgendwann einmal begreifen, daß in einem so tödlichen Konflikt, in dem die Welt ist, eine Veränderung nicht so rationalistisch erhofft werden kann, daß wir eines Tages einen Vertrag schließen, uns einigen. Das ist so *wie in einer Ehe*. Da gibt es ja auch das Faktum, daß beide Partner einige «Neutronenbomben» im Schrank haben; der Konflikt zwischen den beiden wird nicht dadurch entschärft, daß die sich verabreden. Das ist dummes Zeug. Das weiß jeder Mensch, der mit solchen Konflikten zu tun hat. Sondern verändert wird dadurch etwas, daß einer von den beiden die größere innere Stärke hat und Waffen weglegt, abrüstet, einseitig, als Vorleistung, ohne eine absolute Garantie dafür zu haben.

Ich glaube, die ganze ältere Hoffnung, die ich auch geteilt habe, viele Jahre lang, Rüstungsbegrenzungsgespräche und kontrollierte Rüstung usw. – das ist ja alles fehlgeschlagen. Das hat man uns 20 Jahre lang erzählt, stattdessen wurde es immer schlimmer und ist jetzt in einer neuen Eskalation begriffen. Es ist nur weiter gerüstet worden, mehr produziert worden, es ist nur mehr Haß und Vernichtung und Verbrechen an den Armen dieser Welt passiert.

In diesem Sinne meine ich, daß man als Christ da anfangen muß, wo man ist. Man muß nicht den Russen Ratschläge geben und sich darum kümmern sozusagen, was dort passieren wird, sondern man muß dort kreativ vorgehen, handeln, wo man lebt – abrüsten, nicht nur Vorschläge zur Abrüstung machen.

*P:* Nun könnte ich Ihnen vorhalten, daß das ziemlich blauäugig gedacht ist. Wir fangen hier bei uns an, aber jenseits unserer Grenzen wird massiv aufgerüstet, von dort bedrohen uns auch Waffen, nicht wahr?

S: Ja, ich glaube, ganz kann man den Vorwurf nicht aus der Welt räumen. Kreatives Handeln hat ein Stück Risiko. Ich halte dieses Risiko für relativ gering. Die Russen haben die Grenzen von Jalta, mit der einen Ausnahme von Afghanistan, nicht überschritten und sicher nicht in Richtung Westeuropa. Und ich persönlich glaube nicht daran, daß sie es tun werden. Aber wenn jemand diese Ängste hat, dann kann man ihm diese nicht vollständig wegnehmen. Man kann eigentlich nur, ja man muß klarmachen, daß das, was wir im Augenblick tun in unserem Land bzw. unsere Regierung tun will, uns nicht sicherer macht, sondern zum Schlachtfeld macht. Das, glaube ich, ist ganz eindeutig. Wenn wir die Abschlußbasen der Raketen darstellen, dann sind wir das bevorzugte Ziel. Und wenn das unsere neue Strategie ist, dann verändert sich in der Tat unsere Sicherheit, dann werden unsere Sicherheitswünsche immer neurotischer. Wir müssen dann einfach immer mehr von dem Zeug haben. Wir müssen unser Land in eine wahnsinnige Festung verwandeln, seine Demokratie zerstören. Man kann sich ja schon vorstellen, wie das weitergeht. Jetzt haben wir 572 Mittelstreckenraketen geplant, die Amerikaner haben in Rom bei der letzten NATO-Konferenz gesagt, so um die 2000 müßte man doch wohl ansetzen. Die Neutronenbombe, die jetzt in Amerika produziert wird, hat nur Sinn, wenn sie bei uns gelagert wird. Sie hat ja keine große Reichweite, die wird man also an den deutschen Grenzen stationieren und einsetzen wollen. Es ist also notwendig, die Regierung hier bei uns so weit zu bringen, daß sie dazu auch noch Ja und Amen sagt. In diesem Sinne also geht die Eskalation aus Angst immer weiter.

Einen solchen Zirkel von Angst, von der einen wie von der anderen Seite, den muß man irgendwann einmal durchbrechen. Und wenn ich das Evangelium richtig verstehe, dann ist Christus ein Mensch gewesen, der den Zirkel der Angst zerbrochen hat, der ohne Waffen gelebt hat, ohne Rüstung, sich nicht eingepanzert hat, sich nicht unverwundbar gemacht hat. Und wenn wir uns darauf berufen, dann kann man vielleicht sagen, der Jesus war auch sehr blauäugig, aber dann sollte man sich eigentlich nicht mehr auf das Evangelium berufen. Man kann das Evangelium nicht ohne die Bergpredigt haben. Das ist so ungefähr das Groteskeste, was religionsgeschichtlich in den letzten Jahren passiert ist, daß führende Politiker bei uns auftreten und sagen: Ja, sicher, dieses waffensegnende Christentum ja, aber nicht das Christentum der Bergpredigt. Die Bergpredigt ist nur für das private Individuum gut, die darf auf keinen Fall ernstgenommen werden. Das wäre viel zu gefährlich.

Eigentlich finde ich das ganz schön, weil mir dadurch klarer ge-

worden ist, daß dieser Staat und christlicher Glaube nicht einfach identisch sind, sondern daß das zwei ganz verschiedene Dinge sind. Das Christentum kommt wieder in eine Art urchristlicher Situation, in der es wieder dort ist, wo es am Anfang einmal war – nämlich *gegen die Staatsmacht und nicht mit ihr*. Das heißt, das Christentum wird vielleicht wieder einen anderen Ernst haben, weil es etwas kostet.

### Diebstahl an den Armen der Welt

P: Also ist die Phase der Bedrohung, in der sich jetzt viele Menschen sehen, für Sie kein Anlaß zur Resignation im Hinblick darauf, was christlicher Glaube in dieser Welt vermag?

S: Nein, ganz im Gegenteil. Ich finde sogar, daß das, was jetzt innerhalb der westdeutschen Kirchen passiert, beinahe ein *Wunder des Geistes* ist. Ich bin – wie Sie wissen – ja sehr kirchenkritisch, besonders meiner eigenen Kirche gegenüber, dem Protestantismus, eingestellt und hätte nicht für möglich gehalten, was jetzt geschieht. Da ist ja ungeheuer. Daß so viele Menschen, Gemeinden, einzelne und Gruppen mit Ernst über den Frieden nachdenken, sich mit Ernst in eine Art von Widerstand begeben gegen die Pläne der Regierung. Und anfangen, für den Frieden einzutreten.

Ich glaube, die Friedensbewegung hat ganz starke religiöse Motive. Auch bei den Menschen, die aus anderen als christlichen Motiven für den Frieden eintreten oder das nicht religiös motivieren. Das ist, glaube ich, sehr viel ursprüngliches Verständnis von der Welt, die Gott liebt, mit dabei, die geschaffen ist und die man nicht einfach kaputt machen darf.

Mir fällt da immer ein Beispiel ein. Es gibt im Neuen Testament den Satz: *Die Erde ist des Herrn!* Also, die Erde gehört Gott und nicht einigen Privateigentümern. Das haben die Kirchenväter so ausgelegt, daß – wenn man reich ist oder genug zu essen hat – man sich nehmen soll, was man braucht, das ist sittlich gerechtfertigt; und was man zuviel hat, das soll man den Armen geben. Genau das tun wir nicht. Wir rüsten auf. Und das ist ein Diebstahl an den Armen auf dieser Erde.

Das ist etwas, was viele Menschen, die gar nicht mehr Christen sind, vollkommen verstehen. Weil es so unmittelbar klar ist, wen man vom Hungertod retten kann, mit jeder einzelnen Nuklearrakete, die wir nicht bauen und stationieren.

*Neuerscheinung:* «Aufrüstung tötet auch ohne Krieg»: so begann Dorothee Sölle ihre Rede auf der großen Friedenskundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn, und so lautet der Titel einer neuen Sammlung von Reden und Aufsätzen (Kreuz-Verlag, Stuttgart 1982, 128 S, DM 12,80).

## GRUND UND BODEN IN DER STADT

### Denkschrift der brasilianischen Bischöfe (1)

Bodenspekulation, Landflucht und Wohnungsmangel sind keineswegs nur Probleme und Plagen der Dritten Welt. Aber die Dramatik dort läßt das Ungeheuerliche der ganzen Entwicklung eher wahrnehmen. Wir müssen der Brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) dankbar sein, daß sie mit dem nachfolgenden Dokument den Beweis liefert, daß die kirchliche Soziallehre keineswegs dazu verurteilt ist, im Abstrakten oder gar im Unverbindlichen zu bleiben. Verabschiedet wurde diese Denkschrift auf der rund 300 Bischöfe umfassenden Vollversammlung vom 9.-18. Februar in Itaici/Staat São Paulo. Vorausgegangen war im letzten November ein von der diözesanen Kommission «Justiça e Paz» des Erzbistums Olinda e Recife organisiertes Studienseminar. Befaßte man sich dort mit speziell auf den Nordosten bezogenen Erhebungen und Dokumenten, so hat nunmehr die Denkschrift den gesamten Subkontinent im Auge, und die Beispiele in den *Anmerkungen* verweisen vor allem auf die Riesenstädte im Süden: São Paulo, Rio und Belo Horizonte. Der Text erschien in der Bischofszeitung O'São Paulo (5.-11. März) in einer Fassung, in der die Bezifferung der Abschnitte offenbar noch nicht bereinigt war. Wir haben die Bezifferung deshalb weggelassen und die vielen kleinen Einzelabschnitte zum Teil zusammengezogen und lediglich durch Gedankenstriche voneinander getrennt. Die Über-

setzung aus dem Portugiesischen besorgte Dr. *Horst Goldstein*. Die Titel und Untertitel stammen teilweise von uns. (Red.)

### Einleitung: Die Aufgabe der Kirche

Die Kirche, die von Jesus Christus gesandt wurde, die Welt zu evangelisieren, realisiert ihren Auftrag in der konkreten Wirklichkeit der Geschichte und teilt mit den Menschen ihre Hoffnungen und Sorgen. – Aus diesem Grund befassen sich die brasilianischen katholischen Bischöfe in ihren Vollversammlungen häufig mit großen, dringenden Problemen, die die Kirche mit ihrem pastoralen Engagement in diesem Land herausfordern.

Im Jahre 1980 haben wir uns dem Problem von Grund und Boden auf dem *Lande* zugewandt und die Denkschrift «Die Kirche und die Problematik von Grund und Boden» verabschiedet. Bei dieser 20. Vollversammlung haben wir das nicht minder schwere Problem von Grund und Boden in den *Städten* behandelt: Die Frage von Grund und Boden in der Stadt *aus pa-*

*storaler Sicht.* – Die Brasilianische Bischofskonferenz (CNBB) ist sich dessen bewußt, daß dieses komplexe Anliegen technische Aspekte hat, die ihre Kompetenz übersteigen. Deshalb appelliert sie nachdrücklich an alle Fachleute, ihren spezifischen Beitrag zu dem Thema zu leisten. Sie weiß aber auch, daß dem einfachen Volk bekannt ist, wie die Lösung des Problems, das es so sehr bedrängt, in großen Linien auszusehen hat.

## I. Die Situation: Grund und Boden in den brasilianischen Städten

In diesem ersten Teil geht es darum, einige Aspekte der Realität von Grund und Boden in der Stadt darzustellen, die Gründe, die zu Aufkauf und Wertsteigerung führen, zu analysieren und beides in Verbindung zu sehen mit dem Wohnungsproblem des einfachen Volkes in der Stadt.

### Unheimliches Tempo der Verstädterung

Die großen Wanderbewegungen, die aus den schon in anderen Denkschriften<sup>1</sup> behandelten Gründen vom Land aufbrechen, strömen entweder in Richtung auf die nahegelegenen Städte oder wenden sich vor allem den großen städtischen Zentren zu. Aus diesem Grund wachsen die großen Städte schneller als die kleinen.

Im Jahre 1940 lebten nur 31% der Bevölkerung Brasiliens in der Stadt. Heute liegt der Prozentsatz bei 67 Punkten, was in absoluten Zahlen mehr als 80 Millionen Menschen heißt. Brasilien hat heute zehn Städte mit mehr als 1 Million Einwohnern und fünf Metropolitanregionen mit mehr als 2 Millionen Menschen. 1940 lebten nur 8% der Bevölkerung in Millionenstädten. Heute wohnen in 13 Stadtkonzentrationen 32% der Gesamtbevölkerung, was die Hälfte der städtischen Bevölkerung ausmacht. Besonders gravierend sind die Probleme in den großen Metropolitanregionen von Groß-São-Paulo mit 13 Millionen und Groß-Rio-de-Janeiro mit 9 Millionen Menschen.

In den siebziger Jahren war zum erstenmal in Brasilien eine Abnahme der Landbevölkerung zu beobachten. Im Vergleich zur Volkszählung von 1960<sup>2</sup> sank sie in absoluten Zahlen um 2 Millionen Menschen. Während der genannten zehn Jahre wuchs der Stadtkreis São Paulo demographisch um mehr als die gesamte Region des Amazonasgebietes. Im selben Zeitraum zogen 16 Millionen Brasilianer vom Land in die Stadt, wobei ein geringer Teil von ihnen auch weiterhin auf dem Land arbeitet.

Die Wachstumsrate der städtischen Bevölkerung lag wesentlich über derjenigen der Gesamtbevölkerung. Die Städte wurden größer sowohl aufgrund des Geburtenüberschusses als auch von Eingemeindungen und vom Zuzug aus den ländlichen Gebieten. Zwischen den beiden letzten Volkszählungen lag diese Wachstumsrate im Jahresdurchschnitt bei 3 Millionen Menschen, und die Zunahme der Stadtbevölkerung belief sich auf 28 Millionen Menschen. Die Zahlen können bis zum Jahr 2000 noch erheblich größer werden, wenn die Gründe dieser Verstädterung nicht beseitigt werden.

Ein Großteil der Probleme – wie die Frage nach den Grundstücken in der Stadt – steht sicherlich in Verbindung mit der Landflucht. Darüber hinaus gibt es aber noch andere gesellschaftliche Gründe, die sich innerhalb der Städte negativ auswirken und die Probleme verschärfen.

Der Wunsch nach einem kontrollierten Wachstum der Städte bedeutet keine Absage an jede Form von Zuzug in die Städte. Vielmehr kommt es darauf an, die Intensität und den Rhythmus dieser Bewegungen zu hinterfragen. Ihre Ursachen liegen

In Anlehnung an die in Lateinamerika weithin benutzte Methode, die von der Dritten Vollversammlung des Lateinamerikanischen Episkopats in Puebla zusätzlich bestätigt wurde, wollen wir das Thema in drei Schritten behandeln: I. Die Situation – Grund und Boden in den brasilianischen Städten (*Sehen*), II. Elemente einer ethisch-theologischen Reflexion (*Urteilen*), III. Anregungen für die Praxis (*Handeln*).

in der beschleunigten Abnahme von Arbeitsplätzen auf dem Lande, in den – durch die Medien noch gesteigerten – Erwartungen auf bessere Lebensmöglichkeiten in der Stadt und in den prekären Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten.

### Antisoziale Aneignung: die Immobilienspekulation

Die Nutzung von Grundstücken in der Stadt zu Wohnzwecken ist prekär und wird aufgrund des beschleunigten Wachstums der Stadtbevölkerung immer schlechter. – Die Flucht der Volksmassen vom Land in die städtischen Zentren wird von einem Prozeß begleitet, der die Situation erheblich verschärft: die beschleunigte Steigerung der Grundstückspreise in der Stadt, hinter der eine intensive Immobilienspekulation steckt. Die Akkumulation von Grundstücken zu Spekulationszwecken erreicht inzwischen ein gefährliches Ausmaß. Die Summe der Grundstücke, die zu diesem Zweck festgehalten werden, beläuft sich im Durchschnitt auf ein Drittel des bebaubaren Bodens in den brasilianischen Städten.<sup>3</sup>

Seit Mitte der sechziger Jahre hat die Wertsteigerung städtischer Grundstücke eine alarmierende Höhe erreicht. Der mittlere Grundstückspreis ist nach Abzug der Inflationsrate in zwanzig Jahren mindestens auf das Dreifache gestiegen.<sup>4</sup> – Der Preisanteil für den Boden in den Gesamtkosten des Wohnungsbaus, der sich Anfang der siebziger Jahre auf 10 bis 15% belief, liegt heute bei 30% bis 40%.<sup>5</sup>

Die Bodenspekulation treibt die Preise für die Grundstücke in die Höhe, verschärft damit die Lage auf dem brasilianischen Wohnungsmarkt und legt ein wesentliches Merkmal in der Verwendung des städtischen Bodens frei: einmal die ungleiche Verteilung des bewohnbaren Bodens unter die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und zum anderen die Tatsache, daß unbenutzte Flächen zum alleinigen Zweck der Spekulation gehortet werden.

Der Erwerb von Grund und Boden in der Stadt spiegelt eindeutig auch die bei den Einkommen bestehenden Ungleichheiten wider. Brasilien gehört heute zu den Ländern der Welt, in denen diese Ungleichheit am größten ist. Wir laufen Gefahr, einen sozialen und wirtschaftlichen Zusammenbruch zu erleben. Während 5% der reichsten Bevölkerungskreise über 37% des Gesamteinkommens verfügen, verbleiben für 50% der Ärmsten ganze 12,6% desselben Einkommens.<sup>6</sup> – In den

<sup>3</sup> In São Paulo steigt der Prozentsatz im Stadtgebiet auf 47 Punkte (Angaben des Grundbuchamtes der Stadt São Paulo: TPCL – Cogep 1977). In Rio de Janeiro lagen 1978 900000 Grundstücke brach, mit denen man der Nachfrage bis zum Jahre 1990 nachkommen könnte (Fundren 1978).

<sup>4</sup> Wenn man für São Paulo den mittleren Wertindex im Jahre 1964 auf 100 festsetzt, dann lag er 1978 bei 435 (Quelle: Coordenação Geral do Planejamento – Cogep –: Pesquisa Município de São Paulo 1979–1980). Rio de Janeiro: 1957 = 100, 1976 = 376 (Quelle: CNUA-Astel). Belo Horizonte: 1950 = 100, 1976 = 856 (Quelle: O Mercado da Terra na Região Metropolitana, Plambel 1976).

<sup>5</sup> In Belo Horizonte stieg der Durchschnittspreis für Grundstücke in bescheidenen Wohngebieten von 8 Mindestlöhnen im Jahre 1960 auf 21 Mindestlöhne in 1970 und 57 Mindestlöhne in 1976. Im Großraum Belo Horizonte, genauerhin in Betim, lagen 1975 80% des Baulandes brach; in Contagem waren – zwecks Wertsteigerung – von drei Grundstücken zwei unbenutzt (vgl. Plambel, op. cit.).

<sup>6</sup> «A população brasileira»: Vortrag von Professor Jessé Montello, dem Präsidenten der «Fundação Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística», in der Hochschule für Kriegswesen am 22.9.1981 – Veröffentlichung SEPLAN des Bundespräsidialamtes – FIBGE, Tabelle 12, Seite 12.

<sup>1</sup> Vgl. die Denkschrift der CNBB vom 14.2.1980: «Die Kirche und die Problematik von Grund und Boden», in: H. Krauskopf (Hrsg.), Brasilien: Zukunft für alle? Kirche als Kritiker des brasilianischen Wirtschaftsmodells, München-Mainz 1980, 142–165; siehe auch: Campanha da Fraternidade 1980: Migrações: Para onde vais? (Ein Ausschnitt über die «Wanderarbeiter» erschien in: Orientierung 1980, S. 133.)

<sup>2</sup> Quelle: Sinopse Preliminar do Censo Demográfico, FIBGE, 1981.



reicheren Städten im Süden Brasiliens ist das Grundeigentum weniger konzentriert als in den ärmeren Städten im Nordosten des Landes. Hier besitzen einige wenige Familien den größten Teil der unbewohnten Gebiete, während der Staat gut gelegene Grundstücke in großem Ausmaß für die Entwicklung der Städte festhält. – Allein die Tatsache, daß bestimmte Gebiete im Wert steigen werden, treibt ihren Preis in die Höhe. Bei intensiver Wertsteigerung kommt es auch zur Überbewertung.

In der Liste der Faktoren, die zur Wertsteigerung städtischer Grundstücke führen, sind zu nennen: städtische Infrastruktur, Wasserleitung, Kanalisation, Licht, Pflasterung, Straßenbeleuchtung und – an städtischen Dienstleistungen – öffentliche Verkehrsmittel, Schulen, Krankenhäuser, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeiteinrichtungen und Flächennutzungspläne, denen zufolge die Räume als Wohn-, Geschäfts-, Industrie- oder Grüngelände ausgewiesen werden. – Über diese Faktoren hinaus, die den wirtschaftlichen Wert von Grundstücken im Kontext einer Stadt, und zwar einer jeden Stadt, bestimmen, gibt es Faktoren, die sich direkt aus unserem System des Immobilienmarktes ergeben.

Bestimmte Gebiete gehören Vertretern gesellschaftlicher Schichten mit mittlerem oder hohem Einkommen. Große Teile dieser Gebiete sind schon bewohnt und erhalten rasch städtische Infrastruktur. Häufig erschließen Maklerfirmen Gebiete für luxuriöse Villen, die dann überraschend bald über Wasseranschlüsse, Stromversorgung, Kanalisation, Müllabfuhr und Straßenreinigung verfügen. Die Schnelligkeit, mit der hier reagiert wird, steht in einem schockierenden Gegensatz zur Wirklichkeit in den armen Stadtvierteln, die seit Jahren auf derlei Einrichtungen warten. Theoretisch müßten Infrastruktur und städtische Dienstleistungen gleichzeitig mit der Besiedlung des städtischen Bodens eingerichtet werden, weil sie zur Struktur des Lebens einer Stadt gehören.

In der Stadt – die ihrem Wesen nach ein privilegierter Ort menschlichen Zusammenlebens sein sollte – zeitigt die Marktwirtschaft die schlimmsten Früchte des für sie charakteristischen individualistischen Egoismus und etabliert ein System radikaler Ungerechtigkeit, das im Namen seiner Prinzipien die elementarsten Rechte weiter Teile der Bevölkerung vergewaltigt. – In zentralgelegenen Stadtteilen, die eine gute Infrastruktur haben, erleben die Immobilienunternehmen, daß die Grundstückspreise aufgrund wahrer Versteigerungsmechanismen in die Höhe schnellen. Die Nachfrage erfolgt seitens der Kreise, die über große Mittel verfügen. Das Angebot an gut erschlossenen Grundstücken dagegen ist gering, weil die örtliche öffentliche Hand nur über geringe Mittel für Investitionen in der Stadt verfügt. – Dieser Sachverhalt veranlaßt die Immobilienfirmen, dort wo es eine Gesetzgebung zum städtischen Grundeigentum gibt, Druck auf die Verantwortlichen auszuüben, damit sie die Bestimmungen in der Weise ändern, daß leichter und großzügiger gebaut werden kann. Dadurch werden die öffentlichen Dienste überfordert und müssen erweitert werden. Die Grünflächen und Freizeitmöglichkeiten – wo es sie gibt – reichen nicht mehr aus. Wenn eine diesbezügliche Gesetzgebung nicht existiert – was der Fall in der Mehrzahl der großen und mittleren Städte ist –, bauen die Firmen immer höhere Hochhäuser.

Die Last dieser zusätzlichen Infrastruktur trägt das ganze Volk, das über die Steuern die notwendigen öffentlichen Investitionen finanziert. Indessen ist der Eigentümer des Grundstücks Nutznießer der Wertsteigerung, die dieser gestiegenen Baukapazität entspricht. – Die Erweiterung der städtischen Infrastruktur absorbiert die wenigen Mittel, die für die Städte bestimmt sind, und in ihren Genuß gelangen jene Stadtteile, die ohnehin schon mit ihr ausgerüstet sind und in denen deshalb die Familien mit hohem Einkommen wohnen. Die armen und am Stadtrand gelegenen Viertel dagegen haben lange, ja Jahre und Jahrzehnte zu warten, um in den Genuß der notwendigen städtischen Dienstleistungen zu kommen. – Dadurch, daß die

Immobilienpekulation einen beträchtlichen Teil von Bauland vom Markt nimmt, steigert sie die Nachfrage, versorgt sich selbst und bringt der Stadt beklagenswerte Folgen. Die Verwendung eines erheblichen Teils des nationalen Kapitals für Zwecke der Bodenspekulation hat noch eine andere negative Konsequenz: Die Infrastruktur und die städtischen Einrichtungen, die die brachliegenden Grundstücke umgeben und ihren Wert steigern, werden nicht in gebührendem Maße genutzt. Die unzureichende Benutzung der Infrastruktur erhöht aber die Kosten der allgemeinen Produktionsökonomie und verringert die Möglichkeit für produktive Investitionen.

Ein Hinweis auf Verbesserung, die diese Art von Spekulation korrigieren könnte, ist toter Buchstabe in unserer Verfassung. Der Grund liegt nicht nur darin, daß es sich hier um ein schwer anwendbares juristisches Instrument handelt, sondern gewiß auch darin, daß es mächtige Interessen zunichte machen würde. – Bei den gewinnbringenden, illegalen Immobiliengeschäften handelt es sich um heimliche, illegale Grundstückstransaktionen und um heimliche Bautätigkeit: das betrifft den größten Teil des bebauten Bodens in den Städten.<sup>7</sup>

Die zentrale Wirtschaftsförderung, die – um ein rasches industrielles Wachstum zu erzielen – den Produktionsbereich privilegiert, erzeugt als Nebenprodukt ein Klima des Mißtrauens gegen Investitionen im Produktivsektor. Die Folge ist, daß sich kleine, mittlere und große Sparer der Immobilienpekulation zuwenden. In Zeiten hoher Inflationsraten ist dieses Phänomen besonders arg.

Die brasilianische Wirtschaft bleibt von Rezessionen und Aufwärtsentwicklungen, die sich in der internationalen Ökonomie abwechseln, nicht verschont. Zyklen dieser Art erschüttern die Wirtschaft unseres Landes, die ja auf das Ausland abgestellt ist und nur über eine schwache Binnenbasis verfügt, gewaltig, weil sie vorrangig auf die Produktion von Gütern für die Schichten mit mittlerem und hohem Einkommen abzielt. Diese Tatsache fördert noch einmal die Immobilienpekulation, weil sie das Mißtrauen gegen Investitionen im Produktivbereich im Lande selbst verhärtet.

Die Priorität, die auf Investitionen zur beschleunigten Industrialisierung und zur Ausweitung der extensiven Landwirtschaft gelegt wird, verstärkt die Landflucht und bewirkt, daß für Infrastruktur und städtische Dienstleistungen kaum noch Mittel übrigbleiben. So werden kaum Arbeitsplätze geschaffen, die Investitionen im Bereich des Wohnungsbaus dagegen sehr wohl erbringen könnten. – Da die öffentliche Hand in den letzten Jahrzehnten kaum in Infrastruktur und soziale Einrichtungen (Schulen, Kinderkrippen, Krankenhäuser, Freizeitmöglichkeiten usw.) investiert hat, entstanden in diesen Dienstbereichen große Lücken, die fast ausschließlich die armen Bevölkerungsgruppen unserer Städte belasten. – Die großen Grundstückseigentümer – physische Personen, Firmen und Institutionen – sind scheinbar die Nutznießer dieses Prozesses. In Wirklichkeit erzielen sie aber nur einen Scheingewinn. Der geringere soziale Reichtum, der produziert wird, geht nämlich zu Lasten aller, wenn auch die Armen am meisten darunter zu leiden haben.

### Ungenügen der staatlichen Maßnahmen

Regierungspläne auf Bundes-, Staats- und Gemeindeebene gründen auf Prinzipien, die – wenn sie zur Anwendung kämen – die Probleme von Grund und Boden in den Städten mildern könnten. In jüngster Zeit hat sich die Regierung öffentlich besorgt gezeigt über das Problem und den Entschluß gefaßt, es global anzufassen. Gerechterweise müssen auch die jüngsten Anstrengungen auf den Gebieten Nahverkehr und Trinkwasserversorgung anerkannt werden.

<sup>7</sup> In São Paulo sind 70% der Stadtfläche – Grundstücke und Gebäude – gemessen an der geltenden Gesetzgebung entweder schwarz oder gesetzwidrig eingerichtet (Stadtverwaltung São Paulo – Cogep). In Belo Horizonte waren im Jahre 1972 mehr als 60% schwarz oder gesetzwidrig eingerichtet (Plambel, O Mercado de Terras na Região Metropolitana, 1978).

Was besonders den Wohnungsbau angeht, hat die Gründung der «Nationalbank für Wohnungsbau» (BNH) im Jahre 1964 große Hoffnungen geweckt, die jedoch schon bald dadurch enttäuscht wurden, daß die Gelder, die zum Bau von Häusern und Wohnungen und zur Einrichtung der notwendigen städtischen Infrastruktur bestimmt waren, in andere Bereiche der Wirtschaft umgeleitet wurden.<sup>8</sup> – Das Gesamtvolumen der von der BNH finanzierten Volkswohnungen ist unzureichend und kommt grundsätzlich nur solchen Familien zugute, die imstande sind, die anfallenden und um die Inflationsrate korrigierten Raten 25 Jahre lang zu zahlen. Es handelt sich also um Familien, die ein monatliches Einkommen von mindestens drei Mindestlöhnen haben (Anm. des Übersetzers: Der Mindestlohn liegt in Brasilien je nach Bundesstaat, nach zeitlicher Nähe zur letzten Angleichung an die Inflationsrate und nach Wechselkursberechnung zwischen etwa 130,00 DM und 180,00 DM. Ein Drittel der brasilianischen Lohnabhängigen verdient nur bis zu einem monatlichen Mindestlohn).

Familien mit geringerem Einkommen haben kaum eine Möglichkeit, eine menschenwürdige Wohnung zu finden, obwohl es in einigen Städten entsprechende Hilfsprogramme für sie gibt: Man bietet ihnen «Embryohäuser» genannte Einfachshäuser an. – Die ganz arme Bevölkerung, die kein sicheres Einkommen hat, bemüht sich in der Regel um ein Grundstück, auf dem sie dann in jahrelanger Eigenarbeit und häufig in Nachbarschaftshilfe ihre Unterkunft baut. – Menschen, die auf Ländereien in öffentlichem Besitz oder auf gemeinnützigen Grundstücken (Plätzen oder für soziale Zwecke vorgesehenen Gebieten) wohnen, haben nach langen Kämpfen und unter großen Opfern in einigen Fällen die eine oder andere Dienstleistung bekommen. Andere sind rücksichtslos vertrieben worden.

Der Staat kontrolliert die Entwicklung der Städte nicht wirksam genug. So kommt es zu Unregelmäßigkeiten, und in den Städten wird ohne Erlaubnis gebaut. Der Staat duldet eine gigantische Desorganisation in der Struktur der Städte, deren Wiederherrichtung enorme finanzielle und soziale Kosten verursacht.

### Initiativen des Volkes – Invasionen, Favelas

Angesichts des raschen Wachstums der Städte, der geradezu gierigen Bodenspekulation sowie der Langsamkeit und Verweigerung der Behörden bleibt die einkommensschwache Bevölkerung, die immer zahlreicher wird, in Sachen Wohnung sich selbst überlassen. – Wohnung ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen und jeder Familie. Um dieses ihr Grundbedürfnis zu befriedigen, bedienen sich die Armen folgender Mittel: Besetzung von verlassenem oder immobilienmäßig im Augenblick wertlosen Grundstücken, Besetzung von Hügeln, Wattgebieten und anderen unbrauchbaren Arealen, Anmietung von prekären und billigen Unterkünften in der Nähe des Arbeitsplatzes, primitive Gemeinschaftswohnungen, Ankauf von billigem Boden weit von der Stadt, auf dem sie dann ihre Hütte oder ihr Häuschen bauen.

Im folgenden möchten wir einige Beispiele bringen, die verdeutlichen, wie ungerecht die Lage ist. Im Süden des Landes können rund 30% und im Nordosten rund 60% der Ärmsten nicht die Miete oder die Raten für die in öffentlichen Programmen errichteten Unterkünfte bezahlen. Irgendwo müssen sie dann ihre Hütten bauen. – Unter dem Druck der harten Realitäten und manchmal auch der Interessen von Dritten, die aber nicht ohne weiteres benannt werden können, besetzen Hunderte, ja sogar Tausende von Menschen in massiver Form über Nacht Gebiete im Bereich der Städte. In solchen Fällen spricht man neuerdings von «Invasion».<sup>9</sup> – Kaum jemand ist sich des-

<sup>8</sup> Der Jahresbericht der BNH für 1981 weist aus, daß mehr als 55% der Mittel aus gesetzlich bestimmten Quellen, die für den Bau von «Volkshäusern» vorgesehen waren, in andere Bereiche der Wirtschaft umgeleitet wurden (Gesetz Nr. 4.380/64, Art. 1.).

<sup>9</sup> In Salvador da Bahia, wo 70% der Bevölkerung in prekären Wohnverhältnissen leben, das heißt entweder in Favelas oder in Elendsvierteln, die

sen bewußt, daß für die umherziehenden Populationen, die gezwungen sind, die ländlichen Gebiete zu verlassen, oder von den großen Städten angezogen werden, die Besetzung von Ländereien die einzige Möglichkeit ist, aus der Ausweglosigkeit, in der sie sich befinden, hinauszukommen. Bedauerliche Fälle, in denen Gewinnsüchtige oder Arme noch Ärmere ausbeuten, machen das Problem nicht geringer, sondern verschärfen seine Dringlichkeit nur noch.

Die Situation wird für viele Familien durch die steigenden Mieten noch schwieriger. Die Folgen zeigen sich schon in einer beängstigenden Proletarisierung der unteren Mittelschicht.

Der städtische Raum, zumal in den großen Zentren, ist ungleich verteilt und ungleich genutzt. Ein Beispiel: Das gesamte Gebiet in der Stadt Rio de Janeiro, auf dem sich *Favelas* (Elendsviertel) befinden, macht keine 10% des Stadtgebietes aus. Auf diesen 10% leben aber 35% der Gesamtbevölkerung.<sup>10</sup> – Im Jahre 1950 lebten in den Favelas von Rio de Janeiro 7% der Bevölkerung der Stadt. Zwischen 1950 und 1980 wuchs die Gesamtbevölkerung Rios auf das Doppelte, während die Zahl der Favelabewohner im selben Zeitraum beinahe auf das Zehnfache stieg. 1950 lebte jeder 14. Einwohner Rios in einer Favela, heute ist es jeder dritte, was eine Gesamtzahl an Favelabewohnern von 1 800 000–2 000 000 ausmacht.<sup>11</sup> – Die Politik der Erneuerung der Favelas hat die gesteckten Ziele nicht erreicht. Die Bevölkerung nahm die angebotenen Lösungen nicht an. Das Familieneinkommen sank, während neue Belastungen für Nahverkehr und Wohnung hinzukamen. Die Folge war, daß viele Familien, die in öffentliche Wohnungen umgezogen waren, wieder in die Favela zurückgehen oder kleine Grundstücke am Rande der Stadt erwerben mußten.<sup>12</sup> – In anderen brasilianischen Städten zeigt sich dieselbe Tendenz. Auch dort steigt der Anteil der Bevölkerung, der in unwürdigen Unterkünften überlebt.<sup>13</sup> (Fortsetzung folgt)

auf Pfahlkonstruktionen ins Wattenmeer gebaut sind, finden immer wieder solche «Invasionen» statt. Gegenwärtig gibt es 150 Invasionen in Salvador. In Recife gab es in den letzten vier Jahren mindestens 60 Invasionen (CEAS. Nr. 76, Nov./Dez. 1981, S. 3).

<sup>10</sup> Demographische Dichte in einigen Stadtbezirken von Rio de Janeiro (in: Einwohner/Hektar): Copacabana 351, Botafogo 261, Santa Teresa 245, Rio Comprido 217, Irajá 170; daneben dieselben Angaben bezogen auf einige Favelas in Rio de Janeiro: Jacarezinho 2365, Rocinha 2162, Parque União 1865, Parada de Lucas 1657. Angaben vom Januar 1980 (Quelle: IBASE, hier zitierend Weltsekretariat für Planung und Allgemeine Koordination).

<sup>11</sup> Quelle: «Favelas do Rio de Janeiro 1970–1980», IBGE 1981, hektografiert.

<sup>12</sup> Gustavo T. Heck (Leiter der Abteilung «Entwurzlung und prekäre Wohnverhältnisse» der BNH), *Cadernos de Pastoral* 3, Erzdiözese Rio de Janeiro, 1981. Seite 39.

<sup>13</sup> Nach Schätzungen der Erzdiözese Porto Alegre lebten 1976 200 000 Einwohner der Stadt Porto Alegre in Favelas («Operação Esperança», Porto Alegre 1976, Seite 8). Fortaleza zählt in 217 Favelas 400 000 Bewohner von Elendsvierteln (Aloisio Lorscheider, *Propriedade e Uso do Solo Urbano*, CNBB 1981, Seite 61).

### BRASILIEN - DIALOG

Unter diesem Titel erscheinen 4mal im Jahr *Informationen des Instituts für Brasilienkunde*, das nebenher auch eine Reihe «Dokumentation» herausgibt (D-4532 Mettingen, Sunderstr. 15). Die jeweils bis zu 60seitigen, großen Hefte enthalten sowohl wirtschaftliche und politische wie ethnische und religiöse Problemstellungen – zum Beispiel das letzte Heft (4/81) über den Amazonasraum –, wobei es nicht an Karten und Statistiken fehlt. Zur Problematik des oben abgedruckten Dokuments findet sich im Rahmen eines Heftes über den Staat Pernambuco (1/81) ein Beitrag über die Stadtregion Recife: «Wohnungsnot und Wohnungsbau – ein politisches Problem». Jedes Heft enthält auch eine Presseschau. Die Leitung des Instituts und die Redaktion der Hefte haben *Franziskaner* in der Hand: Sie sind dazu bestens legitimiert, stammen doch aus ihrer Reihen so mutige Männer wie die Kardinäle Arns und Lorscheider, die Bischöfe Hypólito und Hummes. L. K.

# Hat nur der Veränderer die Beweislast?

Wider ein vereinfachendes Schlagwort in der politischen Philosophie

Überläßt man sich dem Gefühl und vertraut man dem Schein, so mag man ziemlich rasch zu dieser Meinung gelangen: Das Bestehende (näherhin das hierzulande und im guten alten Europa Bestehende) ist im großen Ganzen in Ordnung, insofern es nun einmal so und nicht anders, nicht schlechter besteht und funktioniert, als es der Fall ist, und jeder Versuch, es zu ändern (oder gar zu verändern), ist riskant, weil er bedeutet, sich mit dem Unerprobten und Unbewährten einzulassen. Auf Gesellschaft, Politik und Religion konkret appliziert, ergibt sich aus dieser Meinung ein konservatives Grundgefühl, für das in der Tat manches spricht, denn so schlecht ist es hier ja tatsächlich nicht. (Allenfalls könnte «schlecht» genannt werden, daß es uns zu gut geht.) So kann man sich zum Beispiel auf eine bekannte Spruchweisheit beziehen, die der für seinen skeptischen Scharfsinn und seine ironisch-satirischen Formulierungen bekannte Gießener Philosoph *Odo Marquard* schon 1958 in seinem Kant-Buch folgendermaßen abwandelte: «Die Taube auf dem Dach ist besser als der Spatz auf dem Dach.»<sup>1</sup> Trefflich gesprochen! Bedenklich wird es allerdings, wenn naives Gefühl und vertrauter Schein mit hohem philosophischem Anspruch zu dem konservativen Fundamentaldogma hochstilisiert werden, demzufolge stets jener die «Beweislast» habe, der das Bestehende verändern wolle.

## Vorrang des Status quo?

Exakt dieses Dogma ist seit ein paar Jahren bei verschiedenen angesehenen Autoren zu finden. Ohne an dieser Stelle auf den – im wesentlichen rechtshegelianischen – Hintergrund dieses Dogmas eingehen zu wollen (dies würde es notwendig machen, von der Schule des berühmten Münsterschen Philosophen *Joachim Ritter* zu sprechen), seien zunächst einige Zitate angeführt. Sie teilen natürlich die Schwächen *jeden* Zitierens, doch sind sie keineswegs mit böser Absicht «aus dem Zusammenhang gerissen».

*Odo Marquard* schreibt in seinem Aufsatz «Abschied vom Prinzipiellen. Auch eine autobiographische Einleitung»: «Das Leben des Menschen (ist) stets zu kurz, um sich von dem, was er schon ist, in beliebigem Umfang durch Ändern zu lösen: er hat schlichtweg keine Zeit dazu. Darum muß er stets überwiegend das bleiben, was er geschichtlich schon war: er muß «anknüpfen». Zukunft braucht Herkunft: «die Wahl, die ich bin», wird «getragen» durch die Nichtwahl, die ich bin; und diese ist für uns stets so sehr das meiste, daß es – wegen unserer Lebenskurze – auch unsere Begründungskapazität übersteigt: Darum muß man, wenn man – unter den Zeitnotbedingungen unserer *vita brevis* – überhaupt begründen will, nicht die Nichtwahl begründen, sondern die Wahl (die Veränderung): die Beweislast hat der Veränderer. Indem sie diese Regel (×) übernimmt, die aus der menschlichen Sterblichkeit folgt, tendiert die Skepsis zum Konservativen. «Konservativ» ist dabei ein ganz und gar unemphatischer Begriff, den man sich am besten von Chirurgen erläutern läßt, wenn diese überlegen, ob «konservativ» behandelt werden könne, oder ob die Niere, der Zahn, der Arm oder Darm herausmüsse: lege artis schneidet man nur, wenn man muß (wenn zwingende Gründe vorliegen), sonst nicht, und nie alles; es gibt keine Operation ohne konservative Behandlung: denn man kann aus einem Menschen nicht den ganzen Menschen herauschneiden.»<sup>2</sup>

Wo ich hier ein x eingesetzt habe, also hinter dem Wort «Regel», steht bei *Marquard* die Ziffer 25, und in dieser Anmerkung verweist er den Leser auf drei Autoren: den Kölner

<sup>1</sup> O. Marquard, *Skeptische Methode im Blick auf Kant*. Freiburg/München 1958, S. 97.

<sup>2</sup> In: O. Marquard, *Abschied vom Prinzipiellen*. Philosophische Studien. (Reclams Universal-Bibliothek 7724 [2]) Stuttgart 1981, S. 4–22, hier 16.

Staatsrechtler und Rechtsphilosophen *Martin Kriele*, den Bielefelder Soziologen *Niklas Luhmann* und den in Zürich lehrenden Philosophen *Hermann Lübbe*. Diesen Hinweisen bin ich nachgegangen und teile hier das Ergebnis meiner Lektüre mit. Zuerst zitiere ich aus *Lübbes* aktuellem und anregendem Buch «Geschichtsbegriff und Geschichtsinteresse. Analytik und Pragmatik der Historie»:

«Tradition gilt nicht wegen ihrer erwiesenen Richtigkeit, sondern wegen der Unmöglichkeit, ohne sie auszukommen. Sie gilt zugleich kraft Unterstellung, daß die Richtigkeit der Orientierungen, die ihr Inhalt sind, bis zum Beweis des Gegenteils als erwiesen gelten darf. Die Gelegenheit, diesen Nachweis des Gegenteils zu führen, finden wir freilich um so öfter, je rascher die Verhältnisse sich ändern, auf die die tradierten Orientierungen sich bezogen. Aber je mehr das der Fall ist, um so nachdrücklicher werden wir durch die Lasten der Neuorientierung an die Geltung der orientierungspraktischen Verfahrensregel erinnert, daß für die Tradition die Primärvermutung ihrer Vernünftigkeit gelten muß und die Last expliziter Begründung bei demjenigen liegt, der sie verwirft. Diese Verfahrensregel ließe sich schon aus der Traditionstheorie des *Aristoteles* anbieten; sie ist die Quintessenz der cartesianischen Theorie einer *morale par provision*, und in der eleganten Formulierung eines Juristen finden wir sie, aufs Recht bezogen, gegenwärtig bei *Martin Kriele* wieder: «Es besteht eine *Vermutung zu Gunsten der Vernünftigkeit* des geltenden Rechts, und zwar eine im einzelnen *widerlegliche* Vermutung». Die Anerkennung der Tradition, die sich in dieser Verfahrensregel ausdrückt, beruht, um es abschließend noch einmal zu sagen, nicht auf simultan erweisbarer Vernünftigkeit unserer Traditionen, sondern auf der erweisbaren Unmöglichkeit, traditionsfrei vernünftige Neuorientierungen zu entwickeln.»<sup>3</sup>

Aus dem von *Marquard* angeführten Artikel von *Luhmann* «Status quo als Argument» eine einschlägige Passage zum Thema «Beweislast» zu zitieren, fällt deswegen schwer, weil diese Frage nicht im Vordergrund des Artikels steht, in dem es *Luhmann* unter Voraussetzung eines durch das bestehende «System» vorgegebenen Rahmens durchaus um die Möglichkeit von Veränderungen zu tun ist. Immerhin lassen sich für unser Problem folgende Sätze anführen:

«Für nahezu alles, was ist, lassen sich systemerhaltende oder problemlösende Funktionen angeben. Das rechtfertigt das Bestehende nicht. Aber daraus folgt, daß eine Änderung des Bestehenden nur sinnvoll ist, wenn dem zu Ändernden in all seinen Funktionen äquivalente Leistungen substituiert werden können.»<sup>4</sup>

«Der Status quo hat die Vermutung rechtlicher Geltung, zumindest faktischen Konsenses hinter sich. Die Erhaltung des Status quo ist die Grundlage, auf der das Verhandeln über seine Modifikation beginnt. Es bedarf einer Krise, die sich von selbst einstellen, die aber auch künstlich geschaffen werden kann, um jenes Prinzip abzuschwächen und es als Konsensbasis zu ersetzen durch Berufung auf eine Notlage.»<sup>5</sup>

Man beachte jedoch auch: «Der Status quo ist also ein Argument. Das einzusehen, ist aber nicht das Ende, sondern der Anfang der Kritik. Das Argument gilt nämlich aufgrund einer erkennbaren Funktion, und an dieser Funktion kann der Status quo mit alledem, was er jeweils einschließt, gemessen werden.»<sup>6</sup>

<sup>3</sup> Basel/Stuttgart 1977, S. 329 f.

<sup>4</sup> N. Luhmann, *Status quo als Argument*, in: H. Baier (Hrsg.), *Studenten in Opposition*. Beiträge zur Soziologie der deutschen Hochschule. Bielefeld 1968, S. 73–82, hier 78.

<sup>5</sup> Ebd. S. 79.

<sup>6</sup> Ebd. S. 81.

## Die rechtspolitische Fragestellung

Marquard, Lübke und Luhmann berufen sich interessanterweise auf den Juristen Kriele; Luhmann mit diesen Worten: «Auch Kriele sieht den Fortschritt im Recht in einer schrittweise vorgehenden Verbesserung vernünftiger Problemlösungen unter Bewahrung des schon Erreichten. Auch für ihn ist kein Einzelmoment der überlieferten Rechtskultur gegen Überprüfung und Kritik gefeit und im übrigen kritisches Temperament und rechtspolitisches Interesse bezeichnend.»<sup>7</sup>

Obwohl ich kein Jurist bin und mich die Frage der «Beweislast» auch nicht als juristische interessiert – denn als solche wird sie ja auch bei Marquard, Lübke und Luhmann nicht geltend gemacht –, habe ich es gewagt, in Krieles Buch «Theorie der Rechtsgewinnung» hineinzusehen, und meine nun, daß Luhmann durchaus korrekt zitiert, während Marquard und Lübke auf Krieles Ausführungen im einzelnen nicht eingehen. Bei den drei Autoren kommt zu kurz, daß Krieles rechtsphilosophische und rechtspolitische Erwägungen im Zusammenhang mit der durchaus juristischen Präjudiz-Problematik entwickelt werden. So heißt es bei Kriele: «Wer vom Präjudiz abweichen will, hat die Argumentationslast.»<sup>8</sup>

Und einige Seiten danach liest man: «Das Verhältnis von Reflexion und Dezision bestimmt das Verhältnis von Freiheit und Bewahrung in der judiziellen Rechtsentwicklung und läßt die rechtsprechende Gewalt verhältnismäßig konservativ erscheinen. Zwar ist eine Korrektur des bestehenden Rechts möglich, wenn dargetan werden kann, daß sie zur Vermeidung von Unrecht erforderlich ist. Kann man es aber nicht dartun, bleibt es beim Bestehenden. Wagnisse, Experimente gehören zu den Prärogativen des Gesetzgebers und stehen dem Richter nicht zu.»<sup>9</sup>

Kriele versteht den bei ihm in juristischem Kontext beschriebenen Konservatismus als einen «gemäßigten», «der der Rechtsfortbildung offen bleibt und sich rationalen Argumenten nicht verschließt»; es geht ihm insbesondere um die «Bewahrung gerade der progressiven Institutionen»<sup>10</sup>. Kriele konzediert im übrigen, daß es «geschichtliche Situationen» gibt,

<sup>7</sup> Ebd. S. 77.

<sup>8</sup> M. Kriele, Theorie der Rechtsgewinnung entwickelt am Problem der Verfassungsveränderung. Berlin 1967, S. 260.

<sup>9</sup> Ebd. S. 264 f.

<sup>10</sup> Ebd. S. 266 (Hervorhebung von Kriele).



ORIENTIERUNG.

**Herausgeber:** Institut für weltanschauliche Fragen  
**Redaktion:** Ludwig Kaufmann, Clemens Locher, Karl Weber, Albert Ebner, Mario v. Galli, Robert Hotz, Josef Renggli, Josef Rudin, Pietro Selvatico  
**Ständige Mitarbeiter:** Paul Erbrich (München), Raymond Schwager (Innsbruck)

**Anschrift von Redaktion und Administration:** Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, Tel. (01) 201 07 60

**Bestellungen, Abonnemente:** Administration

**Einzahlungen:** «Orientierung, Zürich»

**Schweiz:** Postcheck Zürich 80-27 842

Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge  
Konto Nr. 0842-556 967-61

**Deutschland:** Postcheckkonto Stuttgart 6290-700

**Österreich:** Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127

**Italien:** Postcheckkonto Rom Nr. 29290004

**Abonnementspreise 1982:**

**Schweiz:** Fr. 32.-/Halbjahr Fr. 17.50/Studenten Fr. 24.-

**Deutschland:** DM 37.-/Halbjahr DM 21.-/Studenten DM 28.-

**Österreich:** öS 285.-/Halbjahr öS 160.-/Studenten öS 200.-

**Übrige Länder:** sFr. 32.- plus Versandkosten

**Gönnerabonnement:** Fr. 40.-/DM 45.- (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Ländern mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)

**Einzel exemplar:** Fr. 2.-/DM 2,50/öS 20.-

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich

«die Widerstand und Revolution unumgänglich machen».<sup>11</sup> In einer gewissen Verallgemeinerung heißt es dann am Ende dieses Kapitels: «Jede getroffene Entscheidung kann freilich in Frage gestellt und neu durchdacht werden. Aber vernünftig ist, das nur ausnahmsweise aus dringenden Gründen zu tun und im Regelfall auf dem bereits geschaffenen Fundament weiterzubauen, weil man nur dann höher kommen kann.»<sup>12</sup>

Zu all dem wäre sehr vieles zu sagen. Mir als einem Nichtjuristen geht es nur um folgendes: Die juristischen Darlegungen bei Kriele und die soziologischen bei Luhmann zeigen, daß die Beweislast-Problematik zu kompliziert ist, um aus ihr politisch-philosophisch, also mit einer beabsichtigten Allgemeinheit, das Dogma herauszupräparieren: «die Beweislast hat der Veränderer», welchen Satz Marquard als «Regel» herausstellt.

## Traditionskritik als Rettung von Tradition

Nun wird gewiß niemand so töricht sein zu behaupten, «der Veränderer» (wer immer das sein mag) habe *keine* Beweislast. Seine Beweislast ist indes von anderer Art, und ein Beweis kann, gemessen an den Maßstäben der Verteidiger des Bestehenden oder auch (worauf Lübke hinwies) an der Descarteschen provisorischen Moral, nicht erbracht werden außer in der Form einer rationalen *Antizipation*; dies gilt besonders dann, wenn von sehr weitreichenden, gar radikalen Veränderungen die Rede ist. Ein solches Verfahren wird vielen verständlicherweise nicht genügen. Der «Veränderer» hat es also mit der Beweislast nicht leicht. Doch das ist eine Binsenwahrheit.

Was aber zum Widerspruch reizt, ist die Insinuation, *nur der Veränderer* habe die Beweislast. Wie immer es mit der Haltbarkeit der generalisierenden Fassung «die Beweislast hat der Veränderer» angesichts der differenzierten Betrachtungsweise bei Kriele und Luhmann sich verhalten mag, ich verstehe nicht, warum man eine derart einseitige Zuweisung der Beweislast vornimmt. Genauer gesagt: ich verstehe das sehr gut, wenn ich an bestimmte politische Interessen denke. Theoretisch oder aber philosophisch gesehen hat jedoch der Verteidiger des Bestehenden die Beweislast nicht minder als der sogenannte «Veränderer»; er hat diesem gegenüber lediglich einen gewissen «Platzvorteil», der jedoch theoretisch keine Bedeutung hat. Ist es nicht gerade ein Hauptgrund für die gegenwärtige Demokratie-Verdrossenheit in weiten Kreisen der heutigen Jugend, daß man das Bestehende als nicht beweispflichtig ansieht? Und hätten denn etwa die gegenwärtigen Regime in Polen, Afghanistan, Chile, Südafrika usw. *keine* Beweislast, wohl aber deren Opposition?

Nochmals: Es ist unbestreitbar, daß ein «Veränderer» Beweislast hat, aber die Vertreter des Bestehenden haben sie nicht minder. Ja, die Lage ist außerordentlich gefährlich, wenn die Vertreter des Bestehenden der Beweislast nicht mehr entsprechen (können oder wollen); dies treibt diejenigen, denen der Status quo sich nicht beweisen kann, auf die Seite derer, die *ausschließlich* mit antizipierenden (und bisweilen vielleicht utopischen) «Beweisverfahren» arbeiten.

Im politischen Alltag werden komplizierte Sachverhalte notwendigerweise verkürzt, oft zu Schlag-Worten und Schlag-Formeln. Deswegen ist dem Satz «die Beweislast hat der Veränderer» entschieden zu widersprechen (nebenbei bemerkt: auch im Interesse eines seriös sein wollenden Konservatismus). Richtig ist, daß *jeder* die Beweislast hat und daß für den Fall, daß der «Beweis» (wie immer man sich den vorstellen mag) nicht erbracht werden kann, das Bestehende zwar noch weiterbestehen mag, aber dann eben als das Nicht-mehr-Begründbare, das seine Labilität nicht allzu lange hinter den «Üblichkeiten»<sup>13</sup> verbergen kann.

Heinz Robert Schlette, Bonn

<sup>11</sup> Ebd. S. 267.

<sup>12</sup> Ebd. S. 268.

<sup>13</sup> Vgl. O. Marquard, Abschied vom Prinzipiellen, a. a. O. S. 16–18.